

1,35 MILLIARDEN ERHOFFT

Orban plant eine Finanztransaktionssteuer

13. April 2012 13:54

Experten rechnen Zusatzeinnahmen von umgerechnet fast 1,35 Milliarden Euro

Budapest - Ungarn plant die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wie der ungarische Premier Viktor Orban heute, Freitag, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk betonte, solle das Ausmaß der Steuer nicht über einem Tausendstel liegen. Dies würde niemandem "Kopferbrechen" bereiten. Zugleich betonte Orban, dass ein Termin für die Einführung der Steuer noch nicht festläge. Steuern sollten nicht während des Jahres eingeführt werden. Einer solchen Änderung könne "nur im Falle einer schweren Notlage" zugestimmt werden, die gegenwärtig nicht bestünde.

Laut Regierungschef werde diese Steuer "mit großer Wahrscheinlichkeit" im Budget 2013 Aufnahme finden. Doch darüber müsse das Parlament entscheiden. Laut Experten könnte die neue Steuer dem Staat jährlich 400 Milliarden Forint (1,347 Milliarden Euro) Zusatzeinnahmen bringen.

Konflikt mit EU über Hilfgelder nicht beigelegt

Da Ungarn sich in Finanznöten befindet, dürfte es aber nicht nur die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer brauchen. Notwendig sind auch Finanzhilfen von EU und IWF. Die EU-Kommission erklärte am Freitag in Brüssel, die Lage sei klar. "Wir erwarten von den ungarischen Behörden die Sicherung eines gesetzlichen Rahmens, der das Vertrauen der Investoren wiederherstellt", so ein Sprecher.

Die Diskussionen mit der ungarischen Regierung "werden erfolgreich" sein, hieß es. Derzeit analysiere die Brüsseler Behörde die von Budapest erhaltenen Antworten. Dabei gebe es keine Verzögerungen, die folgende Entscheidung werde so rasch wie möglich getroffen.

Orban mag keine Einmischung

Der Konflikt zwischen dem rechtskonservativen ungarischen Ministerpräsidenten Orban und der EU-Kommission hatte sich zuletzt zugespitzt. "Die EU überschreitet ihre Kompetenzen, wenn sie als Voraussetzung (für ein Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds IWF) politische Bedingungen stellt", sagte Orban. Dass die von der EU-Kommission auf den Weg gebrachten Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein Hindernis für ein IWF-Abkommen darstellen, "halte ich für ein Ding der Unmöglichkeit", fügte Orban hinzu. Käme es dennoch dazu, könne dies nur als "Erpressung" gewertet werden.

Die Kommission hatte schon am Donnerstag den Vorwurf der Verzögerung im Fall Ungarns zurückgewiesen. De facto habe Ungarn die Bedingungen für Verhandlungen über eine Finanzhilfe der EU noch nicht erfüllt. Das gesetzliche Umfeld müsse in Ordnung sein, damit Investoren wieder Sicherheit für Ungarn erhalten. Dabei wurde erneut auf die noch laufenden Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen Bedenken zur Unabhängigkeit der nationalen Datenschutzbehörde und zur Justiz verwiesen. (APA/red, 13.4.2012)

© derStandard.at GmbH 2012 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.